
JÖRG GERKE

SUBVENTIONIERTER RAUBBAU

Der Abschied von der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland

Wir leben von den Nahrungsmitteln und den Rohstoffen, die auf einer im Mittel 15 bis 30 cm dicken Ackerkrume erzeugt werden.

Weltweit wird dazu noch ein kleinerer Teil des Eiweißbedarfs durch Fisch und Meeresfrüchte gedeckt. Weitere Visionen von der industriellen Algenzucht bis hin zu reinen Nährlösungskulturen als wesentliche Beiträge zur menschlichen Ernährung sind aufgrund ihres Energie- und Rohstoffbedarfs schlechte Fiktionen und haben auf absehbare Zeit keine Bedeutung. Es erscheint deswegen sinnvoll, über die Zukunft der bodengebundenen Landbewirtschaftung nachzudenken.

Wir beobachten im vereinigten Deutschland ein Phänomen, das Agrarökonomien häufig als »Strukturwandel« bezeichnen. Es betrifft das immer weiter fortschreitende Sterben landwirtschaftlicher Betriebe als Folge der exzessiven EU-Agrarsubventionen auch in Deutschland sowie der Agrarsubventionen der Bundesregierung und der Bundesländer, die große Betriebe bevorteilt und kleinere und mittlere zum Aufgeben zwingt. Damit verschwinden die Bauernhöfe.

Der verstorbene Agrarwissenschaftler Hermann Priebe hat 1985 die Beziehung zwischen Agrarsubventionen und Höfesterben wie folgt beschrieben: »In hundert Jahren deutscher Agrarpolitik ist über alle einschneidenden geschichtlichen Veränderungen hinweg ein Grundphänomen gleich geblieben: Daß die Agrarpolitik von einer kleinen Gruppe größerer Landwirte beherrscht wurde, der es mit

unnachahmlicher elitärer Arroganz gelang, die Verfolgung eigener Interessen als Einsatz für Volk und Vaterland darzustellen. [...] In allen agrarpolitischen Machtkämpfen der letzten hundert Jahre wurde der Bauer vorgeschoben, um bestimmte Hilfen für die Landwirtschaft durchzusetzen, von der ›Osthilfe‹ der zwanziger Jahre bis zu den Subventionen von heute.« (Priebe 1985, 209)

Diese Beschreibung von Priebe gilt auch heute, mehr als dreißig Jahre später. Das wesentlich durch die Agrarsubventionen bedingte Ende vieler Bauernhöfe, das Sterben der bäuerlichen Betriebe, wird absehbar dazu führen, daß in einem Jahrzehnt voraussichtlich nur noch etwa 50.000 landwirtschaftliche Haupteinzelbetriebe in Deutschland übrigbleiben werden, vielleicht sogar nur 30.000 – also rund 100.000 Betriebe aufgegeben werden. Gehen wir von im Mittel zwei Betriebsleitern in solchen Betrieben aus, die den Gesamtzusammenhang der Produktion noch überblicken, so sind nur noch rund 100.000 Personen für die Versorgung mit Nahrungsmitteln bzw. deren Rohstoffen kompetent. Dies ist eine Relation, die auch nicht durch die aktuell gut gefüllten Regale mit Nahrungsmitteln in den Geschäften an Brisanz verliert.

Der »Bauer« steht in Deutschland für die Erzeugung im Familienbetrieb, ursprünglich vielfältig mit Ackerbau und Tierhaltung im selben Betrieb, damit zum einen über Generationen denkend und handelnd, zum anderen Ackerbau und Tierhaltung im selben Betrieb verbindend. Damit werden auch teilgeschlossene Stoffkreisläufe erreicht.

Das Bewusstsein für die Fragilität einer landwirtschaftlichen Kultur und deren Erhaltungswürdigkeit ist in Deutschland eher noch wenig ausgebildet. Anders verhält es sich in den USA. Das englische Wort für Bauer ist *peasant*. Bedeutsamer ist aber der »Farmer«, ursprünglich ein Unternehmer der Landwirtschaft, dem es um den kurzfristigen und möglichst hohen Gewinn geht.

Nun gibt es in den USA seit den 1980er Jahren eine Bewegung, die sich gegen das dortige Farmsterben wendet. Einer der Vordenker ist der US-amerikanische Lyriker und Nebenerwerbslandwirt Wendell Berry, der den Begriff *family farming* in einer kleinen Aufsatzsammlung (Berry 1987) einführte. Damit verknüpfte Berry die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens über Generationen im Familienbetrieb mit dem Begriff des Farmers. Und er fragte weiter, warum so viele US-Amerikaner *family farming* für so positiv und unterstützenswert halten, aber gleichzeitig ebendiese Art der Landbewirtschaftung verschwindet. Ebenfalls in den 1980er Jahren entdeckten eine Reihe US-amerikanischer Rockgrößen dieses Problem, und so werden seitdem unter dem Namen *Farm Aid* Konzerte und Festivals organisiert, u. a. mit Willie Nelson, Johnny Cash, Bob Dylan, Neil Young, Tom Petty. Man kann diese US-amerikanische Bewegung so interpretieren, daß berühmte Künstler schon Mitte der 1980er Jahre die Bedeutsamkeit des Verlustes der familienbetriebenen Landwirtschaft erkannten oder fühlten.

Nicht daß damit der Trend in den USA umgekehrt worden wäre. Aber man stelle sich für Deutschland vor, Herbert Grönemeyer und andere würden Konzerte zugunsten von Bauernhöfen und gegen die Agrarindustrie organisieren. Undenkbar!

Was aber ist der Kern bäuerlichen Wirtschaftens? Bauernhöfe sind in der Regel Familienbetriebe. Und als Familienbetriebe haben sie das Bestreben, über Generationen nachhaltig zu wirtschaften. Daraus ergibt sich auch, daß es für Bauernhöfe um langfristige wirtschaftliche Stabilität geht und eben nicht um kurzfristige Gewinnmaximierung. Familienbetriebe bestehen als natürliche Personen. Sie haften mit ihrem Vermögen, auch mit dem Privatvermögen, im Gegensatz beispielsweise zu juristischen Personen wie GmbH, AG oder eingetragener Genossenschaft. Und daraus ergibt sich weiterhin, daß bäuerliche Betriebe eher vorsichtig investieren,

eher Maß halten, im Gegensatz zur industriellen Agrarbewirtschaftung.

Nun kann man aber feststellen, daß Familienbetriebe nicht immer so wirtschaften, wie es hier idealisierend beschrieben wurde. Aber um diese Abwendung von den eigenen bäuerlichen Traditionen für einen Teil der Familienbetriebe zu erreichen, hat es schon erheblicher Anstrengungen der Agrarpolitik, der landwirtschaftlichen Betriebsberatung und der homogenen Ausrichtung der Fachmedien bedurft. Eine zentrale Rolle spielt hierbei bis heute die größte Agrarlobbyorganisation in Deutschland, der Deutsche Bauernverband (DBV). Dieser hat schon vor Jahrzehnten »Wachsen oder weichen« als Maxime für die Betriebe ausgegeben, wonach allein die einzelbetriebliche Vergrößerung und Industrialisierung vor dem Verlust des Betriebes schütze. Niemann (2003) hat eine sehr informative Beschreibung der DBV-Agrarlobby vorgelegt und gezeigt, daß die Ausrichtung des DBV als Lobbyverband zur Agrarindustrialisierung in den 1970er Jahren mit dem DBV-Präsidenten Constantin von Heeremann begann. Die Inkorporation der DDR-Organisation Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) in den DBV nach 1990 hat die agrarindustrielle Ausrichtung noch verstärkt, nicht zuletzt deswegen, weil die Maxime der DDR-Agrarpolitik ebenfalls die Industrialisierung der Landwirtschaft war und weil die DDR im Rahmen der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft bis 1960 mehr als 400.000 Bauernfamilien kollektiviert, die Bauern faktisch zu abhängig Beschäftigten in den LPG und VEG machte und damit das Bäuerliche innerhalb weniger Jahre im eigenen Machtbereich ausradierte (vgl. dazu Bastians 2003, Gerke 2008, Kap. II, und Beleites 2012).

Das Verschwinden der bäuerlichen Landwirtschaft und die Etablierung industrieller Verfahren der Agrarwirtschaft zieht eine Reihe von Folgeentwicklungen nach sich, die mit den Begriffen Rationalisierung, Normierung, Spezialisierung und Homogenisierung beschrieben werden können.

Rationalisierung als rationelles, also arbeitsextesives Wirtschaften ist in agrar-sozioökonomischer Beratung und Politik seit Jahrzehnten oberste Maxime. Dies hat einen Sinn, wenn man an die vielen kleinen und Kleinbetriebe bis in die 1970er Jahre denkt. Aber das Rationelle in der Landwirtschaft hat sich verselbstständigt und zu einer ungeahnten Normierung und Homogenisierung in den

Erzeugnissen der Betriebe und einer Spezialisierung auf bisweilen nur einen einzigen Betriebszweig geführt.

Führt aber diese Verselbstständigung des Rationellen als Rationales in anderen Bereichen zu Qualitätsverlusten in den Produkten, ähnlich den Handwerksprodukten in der industriellen Fertigung (vgl. Sennett 2009), so ergeben sich für die Landwirtschaft Konsequenzen, die ihren Sinn und die Nachhaltigkeit in Frage stellen.

Die Spezialisierung bedingt eine weitgehende Trennung von Ackerbau und Tierhaltung. Es gibt Regionen mit hoher Viehkonzentration wie in Teilen Niedersachsens, wo mehr als 30 Prozent der deutschen Schweine- und Geflügelproduktion stattfindet, während in anderen Regionen, wie beispielsweise der Magdeburger Börde, Ackerbau fast ohne Tierhaltung stattfindet. Die Folge ist die Konzentration und Anreicherung von Nährstoffen wie Stickstoff und Phosphor (P) durch die Rückführung in Form von Wirtschaftsdüngern in den viehreichen Gebieten, während die Ackerbaugebiete seit Jahrzehnten keine Zufuhr von organischer Substanz durch Wirtschaftsdünger erhalten. Was für viehreiche Regionen gilt, gilt auch für große Einzelbetriebe mit Massentierhaltung, z.B. für einen Betrieb in Vorpommern mit mehr als 10.000 Sauen und Nachzucht in Alt Tellin. Diese Art der Landwirtschaft hat keine Zukunft, schon deswegen nicht, weil die weltweiten Vorräte des Pflanzennährstoffs P sehr begrenzt sind (Römer 2009; Gerke 2010). Wir können die durch Massentierhaltung bedingte Anreicherung von P statt eines Nährstoffkreislaufs einfach nicht mehr durchhalten.

Hinzu kommt, daß die Spezialisierung der Betriebe die landwirtschaftliche Vielfalt der Fruchtfolgen reduziert und den hohen Einsatz von Pestiziden im Ackerbau und von Antibiotika in der Massentierhaltung begünstigt. Dies allein stellt die industrielle Produktionsweise in Deutschland in Frage. So sind Totalherbizide mit dem Wirkstoff Glyphosat aus dem hochrationalisierten industriellen Ackerbau heute nicht mehr wegzudenken, da dieser Wirkstoff, preiswert wie kein anderer, einen Ackerbau mit stark reduzierter und damit rationeller Bodenbearbeitung erst ermöglicht. Und deswegen machte die EU-Kommission im Herbst 2017 den Vorschlag, den Einsatz dieses Wirkstoffs um weitere fünf Jahre zu verlängern. Dabei fallen gewichtige toxikologische Gründe, diesen Wirkstoff zu verbieten, offenbar nicht ins Gewicht. Fruchtfolgen mit großen Ackerschlägen – wie vor allem in Ost-

deutschland – fördern Pilzkrankheiten und Schädlinge, weswegen der industrialisierte Ackerbau in hohem Maße auf Pilzbekämpfungsmittel (Fungizide) und Schädlingsbekämpfungsmittel (Insektizide) angewiesen ist. Das geht so weit, daß infolge der Resistenzbildung für bestimmte Pilze und Schädlinge nur noch wenige oder gar keine Wirkstoffe mehr zur Verfügung stehen. Viele Pestizidwirkstoffe werden nicht abgebaut, sondern im Boden als Rückstände gespeichert (*bound residues*). Was mit diesen nach Jahrzehnten der Akkumulation geschieht, ist unbekannt.

Und schließlich ist der rationalisierte Ackerbau mit den großen Maschinen, von denen einige 20, 30 oder sogar mehr als 40 Tonnen wiegen, in nachhaltiger Weise schädlich für die Ackerkrume. Er gefährdet deren Ertragsfähigkeit und leistet der Wassererosion Vorschub.

Ist in Anbetracht dieser Diagnose der industriellen Landwirtschaft eine bäuerliche Landwirtschaft tatsächlich langfristig praktikabel und somit eine Alternative? Vermutlich schon, und zwar dann, wenn bäuerliche Landwirtschaft als ökologische Landwirtschaft im Rahmen eines vielfältigen Gemischtbetriebes organisiert ist. Ökologischer bzw. biologischer Landbau verzichtet auf mineralische Stickstoffdüngemittel und auf organische Pestizide. Dies erfordert eine andere Fruchtfolge und eine andere Viehhaltung und Düngung. Als Hauptargument gegen den ökologischen Landbau gilt die begrenzte Ertragsfähigkeit. Eine Metastudie von Wissenschaftlern der Universität in Berkeley, Kalifornien, hat aber gezeigt, daß weltweit die Ertragsdifferenzen zwischen »öko« und »konventionell« bei weniger als 20 % liegen. Sie reduzieren sich auf weniger als 10 %, wenn die Instrumente des ökologischen Anbaus, Mischkulturen und Fruchtfolge, systematisch eingesetzt werden (Poniso et al. 2014). Der Ökolandbau wurde in den 1930er Jahren durch den Agrarpolitiker und Berater Hans Müller in der Schweiz im Zusammenwirken mit wenigen Familienbetrieben zur Praxisreife entwickelt. Und diese Vorgaben wurden von der EU-Kommission 1991 vollständig als Richtlinien des Ökolandbaus übernommen. Allerdings war und ist die EU-Kommission insgesamt ein Gegner des ökologischen Landbaus und Vorreiterin und Förderin der Industrialisierung der Landwirtschaft in Europa. Erkennbar ist dies an ihrem Agieren bei der Verlängerung der Glyphosat-Zulassung. Zweimal hat die Kommission Reformen des ökologischen Landbaus vorgeschlagen, und beide Male

zielten sie auf dessen Zurückdrängung. Im Jahre 2005 war der ökologische Landbau aus einer Marktnische zu einem nicht zu vernachlässigenden Marktteilnehmer geworden. Zu eben diesem Zeitpunkt zielte ein Vorschlag der Kommission darauf ab, die Unterscheidung zwischen dem Ökolandbau und extensiveren konventionellen Anbausystemen zu verwischen. Der Markterfolg der ökologischen Bewirtschaftung beruht aber gerade darauf, daß er gegen andere Bewirtschaftungsweisen strikt abgrenzbar ist. Die Kommission wollte also zu diesem Zeitpunkt zum ersten Mal den Ökolandbau zurückdrängen. Die damaligen Vorschläge der Kommission sind am gemeinsamen Widerstand der EU-Länder und Ökoanbauverbände gescheitert.

Seit etwa zwei Jahren betreibt die EU-Kommission erneut eine Reform des Ökolandbaus. Kern der neuen, nicht minder den Ökolandbau schädigenden Vorschläge ist es, daß Öko-Produkte generell auf Pestizid-Rückstände untersucht werden sollen. Bei ordnungsgemäßer Öko-Bewirtschaftung stammen solche Rückstände aus der Abdrift konventioneller Betriebe. Es mutet deswegen grotesk an, daß konventionelle Betriebe nicht, wohl aber ökologische Produkte routinemäßig auf jene Wirkstoffe überprüft werden sollen, die allein der konventionelle Landbau ausbringt. Es ist der zweite Versuch der EU-Kommission zur Destruktion des Öko-Landbaus.

Auf der Ebene der Bundespolitik und der Agrarstrukturpolitik der Bundesländer sind zurzeit zwei Initiativen bemerkenswert, die die industrielle Landwirtschaft stärken und die familienbetriebene bäuerliche Landwirtschaft schwächen. Auf Bundesebene ist die neue Düngemittelanwendungsverordnung verabschiedet worden, die auch weiterhin die Ausbringung von Wirtschaftsdüngern wie Gülle auf bereits intensiv gedüngten Flächen erlaubt. Das ist die Erlaubnis für Großmastanlagen und für Regionen hoher Nährstoffüberschüsse, auch weiterhin eine exzessive Überdüngung insbesondere mit Stickstoff und Phosphor fortzusetzen.

Auf Landesebene haben es die ostdeutschen Bundesländer 27 Jahre nach der Wiedervereinigung noch nicht geschafft, ein neues Höferecht zu verabschieden. Dieses benötigen jedoch Familienbetriebe, um die Majorität der Erbschaft beim Hofnachfolger zu belassen und die weichenden Geschwister mit relativ geringen, die Existenz des Betriebes nicht gefährdenden Erbanteilen abzufinden. Die Regelungslücke gefährdet die Nachfolge

in ostdeutschen Familienbetrieben. Sie besteht nicht etwa fahrlässig, sondern durchaus vorsätzlich, wie eine der letzten Presseerklärungen des seit fast zwanzig Jahren amtierenden Landwirtschaftsministers von Mecklenburg-Vorpommern, Backhaus, erkennen läßt.

Im politischen Betrieb setzen sich nur wenige Akteure für einen nichtindustriellen Landbau ein. Bäuerliche Landwirtschaft, so ist zu befürchten, wird künftig nur eine Nische sein. Dennoch wird sie ihre Bedeutung behalten, vor allem in Zusammenhang mit einer ökologischen Bewirtschaftung.

Von der Kraft solcher Betriebe aber zeugen Öko-Familienbetriebe in der Umgebung großer Städte mit qualitativ hochwertigen Produkten in Direktvermarktung, vielfach hoch rentabel und mit hoher Wertschöpfung, bezogen auf die bewirtschaftete Fläche.

Literatur

Uwe Bastians: Sozialökonomische Transformationen im ländlichen Raum der neuen Bundesländer. Diss., FU Berlin 2003.

Michael Beleites: Leitbild Schweiz oder Kasachstan. Hamm 2012.

Wendell Berry: Home economics. New York 1987.

Jörg Gerke: Nehmt und euch wird gegeben. Das ostdeutsche Agrarkartell. Hamm 2008.

Jörg Gerke: »Humic (organic matter)-Al (Fe)-phosphate complexes. An underestimated phosphate form in soils and source of plant-available phosphate«, in: *Soil Sci.*, Nr. 175/2010, p. 417–425.

Eckehardt Niemann: »Das Interessengeflecht des Agrarbusiness«, in: T. Leif/R. Speth (Hg.): Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland. Wiesbaden 2003, S. 186 ff.

L.C. Poniso / L.K. M'Gonigle / K.C. Mace / J. Palomino, / P. deValpine / C. Kremen (2014): »Diversification practices reduce organic to conventional gap«, in: *Proc. Royal Soc. B*, Nr. 282/2014, p. 1396–1403.

Hermann Priebe: Die subventionierte Unvernunft. Berlin 1985.

W. Römer: »Ansätze für eine effizientere Nutzung des Phosphors auf der Basis experimenteller Befunde«, in: *Ber. Landw.*, Nr. 87/2009, S. 5–30.

Richard Sennett: Handwerk. Berlin 2009.